
FUNKTION UND MÖGLICHKEITEN VON GEWERKSCHAFTEN

Rezension von: Michael Kreile,
Gewerkschaften und
Arbeitsbeziehungen in Italien
(1968–1982), 308 Seiten; und Otto
Jacobi/Hans Kastendieck (Hrsg.),
Staat und industrielle Beziehungen in
Großbritannien, 280 Seiten, beide
Campus-Verlag, Frankfurt 1985

Gewerkschaften in sozialwissenschaftlicher Forschung zu behandeln ist schwer. Versucht man sie ausschließlich als Teil des ökonomischen Geschehens zu verstehen, so reduziert man die Gewerkschaften auf ein Kartell von Lohnabhängigen zur Erhöhung der Löhne. Versucht man es mit einem breiteren sozialwissenschaftlichen Ansatz, so läuft man in Gefahr mit einem Begriff von Arbeiterschaft oder Arbeiterklasse zu operieren, der vielleicht radikalen Hoffnungen sozialistischer Theorie entspricht, nicht aber konkreten, politisch-wirtschaftlichen Prozessen.

I

Das Buch von Kreile umgeht dieses Problem, indem es sich damit begnügt, die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitskämpfe in Italien durch 15 Jahre hindurch nachzuzeichnen, ohne vergleichende Aussagen oder generalisierende Hypothesen anzustreben. Es wird eine historische Entwicklung geschildert, ohne sie in ein theoretisches Korsett zu zwingen.

Die Gewerkschaften werden weder als einheitliche Gebilde gesehen, die mit großer Strategie soziale Ausein-

dersetzungen planen, noch als bloßer Verband zur Durchsetzung von Partikularinteressen. Gezeigt wird, wie die Interessen spezifischer Gruppen von Arbeitern in bestehende Organisationen eingebracht werden können und dadurch diese Organisationen verändert werden; so war etwa die Form der betrieblichen Auseinandersetzungen nach '68 mit Betriebsbesetzungen und ähnlichem von der Problematik der Integrierung der süditalienischen Arbeiter in die bis dahin vor allem die Facharbeiter des Nordens vertretenden Gewerkschaften verbunden. Die beschriebene Periode war eine Zeit starken Wachstums der Gewerkschaften. Dieses Wachstum war nur möglich, indem die Interessen einer sehr breiten Schicht von Lohnabhängigen vertreten wurden. Folge des Wachstums war, daß die Führungen der Gewerkschaften bis Ende der 70er Jahre nur wenig Kontrolle über die Auseinandersetzungen in den Betrieben hatten. Nicht nur die Höhe vieler Forderungen entzog sich ihrer Kontrolle, es war oft dem Einfluß der Gewerkschaftsführung entzogen, was Gegenstand von betrieblichen Verhandlungen sein konnte. Die Gewerkschaften auf nationaler Ebene versuchten zur gleichen Zeit sich neben den Parteien als gesellschaftliche Kraft für eine umfassende Reformpolitik zu etablieren. Dazu gehörten die Forderungen nach weitreichenden sozialen Reformen, wie sie typisch für kontinentaleuropäische Gewerkschaften sind, aber auch die Forderung nach Reformen im Gesundheitswesen, Bildungswesen, der Steuergesetzgebung, zu Gunsten einer Entwicklung Süditaliens und vieles mehr. Interessant wäre zu untersuchen, inwieweit diese Politik, die vor allem von den mit den Kommunisten verbündeten CGIL vorangetrieben wurde, vom Wunsch der PCI bestimmt war, sich zur regierungsfähigen Partei zu wandeln.

Die Gewerkschaften gerieten dabei in Schwierigkeiten. Um als Verhandlungspartner gegenüber der Regie-

rung aufzutreten, hätten sie, ähnlich wie in Österreich, erstens eine vollkommene Kontrolle über die betrieblichen Auseinandersetzungen haben müssen und zweitens hätten viele Konflikte mit den Unternehmen auf nationaler Ebene zuerst politisch ausgehandelt werden müssen. Versuche eines Teiles der Unternehmer, gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen den Staat aufzutreten, hat es gegeben, wurden aber von den Gewerkschaften zurückgewiesen.

Die traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften – nämlich Schutzfunktion gegenüber den Unternehmen und Vertretung der Lohnabhängigen im Verteilungskampf – wären zu kurz gekommen, hätten sich die Gewerkschaften zu sehr als „verantwortungsbewußte, konstruktive Opposition“ verstanden.

Die Dynamik der Auseinandersetzungen brachte vielmehr Ergebnisse, die die Grenzen gewerkschaftlichen Handelns aufzeigen. Die erkämpfte Angleichung der Löhne innerhalb der Lohnabhängigen, die erreichte Sicherung der Arbeitsplätze vor allem in der Industrie, die nicht generell geregelte und in manchen Fällen sehr weit gehende Mitbestimmung der Lohnabhängigen beim betrieblichen Geschehen, ließ es den Unternehmen vorteilhaft erscheinen, auszuweichen: Auslagerung von Produktion aus Großbetrieben in Kleinbetriebe, in die Heimarbeit zur Schwarzarbeit usw. erwiesen sich als profitabel. Dies war allerdings an spezifisch italienische Voraussetzungen gebunden: eine kleinindustrielle Dynamik, wie sie in anderen Ländern kaum existiert, und entsprechend qualifizierte Arbeitnehmer, die bereit sind, ohne gewerkschaftlichen Schutz zu arbeiten. Zum Unterschied von den Vereinigten Staaten bedurfte es dazu keiner antigewerkschaftlichen Ideologie. Eine starke Zunahme der Kleinbetriebe und eine Stagnation in der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder gehen ab den späten 70er Jahren Hand in Hand.

Was die Stärke dieses Buches ausmacht – nämlich ohne starres theoretisches Korsett zu arbeiten – macht auch seine Schwäche aus. Es werden Zusammenhänge hergestellt, die plausibel erscheinen, die aber nicht systematisch untersucht werden. Manche Behauptungen werden mit Zitaten belegt, ohne den Wirklichkeitsgehalt zu überprüfen. So wird etwa die Aussage, daß die öffentlichen Ausgaben zur Inflation beigetragen haben, mit einer Erklärung eines Finanzministers belegt (p. 53), und die Behauptung von den Wirkungen der erkämpften Arbeitsplatzsicherheit mit einem Zitat aus einem Bericht einer amerikanischen Consultingfirma (p. 163). Dennoch ist dieses Buch von Interesse. Nicht nur für alle, die an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Italiens interessiert sind, sondern auch für diejenigen, die über Gewerkschaften arbeiten. Es wird aber sicher notwendig sein, zu klaren, überprüfbaren Hypothesen zu kommen, auch wenn es dabei nicht mehr möglich sein wird, ein derart großes Thema umfassend zu behandeln.

II

In dem von Jacobi und Kastendieck herausgegebenen Sammelband über Gewerkschaften in Großbritannien geht es um einen theoretischen Rahmen zur Erfassung industrieller Beziehungen. Untersucht wird, ob die Theorie des Korporatismus ein Erklärungsmuster für die Struktur der Arbeitsbeziehungen in Großbritannien ergibt. Darunter ist zu verstehen, daß die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter, die politischen Institutionen der Unternehmen und der Staat, unter Ausgrenzung der in Arbeitsbeziehungen nicht Erfassten, die wirtschaftspolitischen Probleme derart regeln, daß die Loyalität der Mitglieder zu ihren Institutionen erhalten bleibt. Abgelehnt werden von korporatistischen Theorien einerseits marxistische Er-

klärungen, nach denen eine an Kompromissen orientierte Gewerkschaft als Verräterin an den genuin radikalen Interessen der Arbeiter erscheint; andererseits werden marktwirtschaftliche Theorien abgelehnt, die das Problem sozialer Beziehungen auf Fragen der Arbeitskontrakte reduziert haben wollen.

Korporatistische Strukturen scheinen vor allem dort vorzuherrschen, wo die Wirtschaftspolitik von der Regierung in Übereinstimmung mit den zentralen Interessenverbänden gewählt wird – als klassisches Beispiel wird von vielen Österreich betrachtet. Auch auf Großbritannien schien die These korporatistischer Strukturen zuzutreffen: die Gewerkschaften waren stark und selbstbewußt, ohne eine radikale Änderung der Gesellschaft anzustreben; ebenso konnte niemand gegen die Organisation der Unternehmen eine Wirtschaftspolitik durchsetzen. Die sozialrechtliche Absicherung der Lohnabhängigen einerseits, das Recht der Unternehmensleitung allein im Unternehmen bestimmen zu können andererseits, waren Ausdruck dieser Situation. Ein entscheidender Einschnitt in diese Struktur ist die Politik der Regierung Thatcher, die diese im Namen einer Marktwirtschaft angreift. Die Möglichkeiten und die Grenzen korporatistischer Politik werden daher in diesem Band erörtert.

Einige der Arbeiten (die von Booth, von Strinati, von Bonnett) untersuchen dieses Problem in einem makrosozialen Rahmen, d. h. das bewußte Handeln von Klassen oder Teilen von Klassen steht im Vordergrund. Die Abkehr von der korporatistischen Politik erscheint als bewußt gesetzte Maßnahme einer sozialen Klasse, weil durch die korporatistische Politik die Modernisierung der Wirtschaft nicht gelungen ist. Diese Abkehr besteht in dem Versuch der Wiederbelebung liberaler Strukturen, also der Reduzierung der Arbeitsbeziehungen auf Fragen des Arbeitskontraktes. Damit verbunden ist eine Ausgrenzung der Ge-

werkschaften aus dem wirtschaftspolitischen Prozeß und aus der Organisation der Arbeitsmärkte.

Auch wenn die derzeitige Regierung diese Politik betreibt, so ist es problematisch, sie auf Strategien von Kapitalfraktionen zurückzuführen. Ist es doch ein Vorteil korporatistischer Theorien gegenüber gewissen Varianten des Marxismus, daß die politische Handlungsfähigkeit von wirtschaftlichen Klassen nicht einfach angenommen wird. Sie ist im Zusammenhang mit der Frage der politischen Organisierbarkeit von wirtschaftlichen Interessen selbst ein Problem der Theorie. Nun ist es aber fraglich, ob das, was als „Finanzkapital“ oder „Monopolkapital“ bezeichnet wird, organisierbar ist: Gerade weil im Finanzbereich starke Konkurrenzbeziehungen sind und eine hohe Mobilität des Kapitals vorhanden ist, scheint die Möglichkeit politischen Handelns fragwürdig.

In den meisten der anderen Arbeiten stehen die Beziehungen auf der Ebene eines Betriebes oder einer Industrie im Vordergrund – also Arbeitsbeziehungen im engeren Sinn des Wortes. Diese Arbeiten sind schon deshalb von Interesse, weil sie Informationen über Großbritannien bringen, die über dasjenige hinausgehen, was in einem großen Teil politischer Publizistik enthalten ist.

Palmer untersucht die Reformvorschläge der von Regierungen eingesetzten Kommissionen über industrielle Beziehungen. Es handelt sich dabei um den Versuch, die im Vergleich zur BRD und Österreich anarchischen Strukturen soweit zu regeln, daß industrielle Konflikte mit geringeren Kosten ausgetragen werden können, als dies der Fall war. Es hätte dies einen Ausbau prozeduraler Regeln verlangt, während derzeit Immunitätsregeln im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen (Handlungsmöglichkeiten der Streikposten, Haftungsregelungen bei Streiks etc.) vorherrschend sind (Mückenberger). Diese Immuni-

tätsregeln werden von der konservativen Regierung angegriffen.

Gamble untersucht, inwieweit die dezentrale Struktur der Gewerkschaften, die eine sehr starke Defensivmacht erzeugt, die aber zentrale Verträge zur Modernisierung der britischen Wirtschaft nicht zuläßt, mit dem Ende des Korporatismus im Zusammenhang gebracht werden kann.

Jacobi geht genauer auf die Fragen der Organisationsstruktur ein und zeigt, daß die mangelnde Trennung von betrieblicher Gewerkschaftsvertretung und gewerkschaftlicher Organisationsstruktur eine Schwäche zentraler Interessenvertretung erzeugt. Dieser Punkt ist von großer Bedeutung und verdient, genauer untersucht zu werden, wird doch damit im Gegensatz zu liberal-konservativen

bzw. radikal-demokratischen Positionen behauptet, daß eine gewisse Verselbständigung des Gewerkschaftsapparates gegenüber den Mitgliedern für eine effiziente, an langfristigen Zielen orientierte Interessenvertretung günstig ist.

Marsden schließlich untersucht die Arbeitsbeziehungen in der Autoindustrie. Seine These ist, daß die britische Autoindustrie zum Unterschied der anderer Länder keine internen Arbeitsmärkte aufgebaut hat. Er vermutet die Ursache darin, daß spezifische Qualifikationen in regionalen Arbeitsmärkten unabhängig von den Unternehmen existieren. Interessant wäre, den Zusammenhang der Existenz solcher Arbeitsmärkte mit dem Vorhandensein von Berufsgewerkschaften zu prüfen.

Peter Rosner